Sonntag, 25. Mai 1930 — 20 Pfg. — Reichsausgabe (Vereinigt die 3 Ausgaben) — (Sonntag Nr. 21) — 74. Jahrgang Nr. 385–387

Die Reichs-Ausgabe (einmal täglich) vereinigt Abendblatt, und II. Morgenblatt. **Beilagen:** Das Technische Blatt, Literaturblatt, Für Hochschule und Jugend, Sportblatt, Beiblatt, Für die Frau, Bezugspreis in Deutschland monatlich M 6.– ausschließl. Bestellgeld, im Ausland nach dem Tarif der am Weltpostverein beteiligt. Postanstalt. Unter Streifband Postversandpreis.
Einzelpreis 20 Pfennig.
ANZEIGEN-PREIS (Gesamtauft. d. Frankfurter Zeitung) Mill.-Zeile 40 Pfg. Reklame 4 Spalten-millimeterzeile 20 Pfennig. Familien-Anzeigen (nur privat, von der Partei ausgenommen) Doppelz. 40 Pfg. / Platz- u. Datumvorschr. ohne Verbindlichkeit.
Störungen d. höh. Gewalt od. Ausstand berechtig. nicht zu Ersatzansprüchen.

Frankfurter Zeitung

(Frankfurter Handelszeitung) **und Handelsblatt** (Neue Frankfurter Zeitung)
Begründet von Leopold Sonnemann
Sammel-Nr. für Fernsprecher: Ortsverkehr Hansa 20202 Fernverkehr Hansa 20301 – Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430

GESCHÄFTSSTELLEN und General-vertretungen
Frankfurt a. M., Große Eschenheimerstraße 31-39. Schlußzeit: 18-24. Berlin W 9, Potsdamer Str. 135. Hamburg, Große Bleichen 23. Köln a. Rh., Christinenstraße 67 u. Kaiser-Wilhelm-Ring 10. München, Perusastraße 5 u. Residenzstraße 23. Stuttgart, Poststr. 7. Hannover Leisewitzstr. 5A. Leipzig W 33, Goethestraße 2, I. Erfurt, Viktoria-Straße 21. Wien, I. Wollzeile 11. Zürich, Bahnhofstraße 78. Paris 5, 44, Rue de Lisbonne. London E. C. 1 Holborn Viaduct House. Haag-Voorburg, Dr. Bloemkwartsl 21. Brüssel, 47, Rue Montagne aux Herbes Potagères. New York 164 Fifth Avenue. – Anfragen u. unverl. Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Verlag und Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei G.m.b.H.

Die Räumungstermine im Westen.

Reichswehrhilfe. — Die Saargrenzunterstützung wird erhöht. — Für eine einzige würdige Befreiungsfeier.

(Privattelegramme der „Frankfurter Zeitung".)

✠ **Berlin**, 24. Mai. Bei der Beratung des Etats des Ministeriums für die besetzten Gebiete machte heute Reichsminister Treviranus Mitteilungen über die Räumungstermine im Rheinland, über die das französische Oberkommando soeben die deutschen Stellen informiert hat. Danach werden geräumt bis zum 31. Mai Zweibrücken, Germersheim, Speyer, Ludwigshafen, Worms und Bingen, bis zum 17. Juni Kaiserslautern, bis zum 26. Juni Trier, Landau und Neustadt, bis zum 28. Juni Kehl, bis zum 30. Juni Mainz und Wiesbaden. Das Gros der fremden Truppen wird bis zum 21. Juni von Mainz und Wiesbaden abgezogen sein. Die Zivilpersonen der Besatzung haben in der Zeit vom 25. Mai bis zum 10. Juni das besetzte Gebiet zu verlassen.

Minister Treviranus teilte weiter mit, daß der Abbau des Ministeriums für die besetzten Gebiete, der nach dem Vorschlag des Reichsrats am 1. Oktober abgeschlossen sein soll, in vollem Gange sei. Mit den Ländern und Gemeinden fänden Verhandlungen statt über die Uebernahme der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Richtlinien über die Verwertung des rentierlichen Reichsbesitzes an Grundstücken im besetzten Gebiet würden im Zusammenhang mit dem Ergänzungshaushalt herausgegeben. Die Reichsregierung habe grundsätzlich anerkannt, daß aus diesen Mitteln nach Abzug von 10 Mill. für die Offiziere die Mittel für eine Reichswehrstiftung bereitgestellt werden sollen. Der Ansatz für die Unterstützung der Saargänger werde von 3 auf 7.5 Mill. erhöht werden.

Im Zusammenhang mit der Beratung des Etats der besetzten Gebiete hat der Haushaltsausschuß des Reichstages die Regierung ersucht, womöglich durch gesetzliche Vorschriften dafür zu sorgen, daß alle Grundstücke und Gebäude im besetzten Gebiet, die dem Reiche aus Anlaß der Besetzung überlassen werden mußten, auf Verlangen den früheren Besitzern zu den Preisen überlassen werden, die das Reich beim Erwerb bezahlt hatte. In den Etat ist ein neuer Posten von 1 Mill. Reichsmark eingestellt, der zur Verschickung von bedürftigen Kindern des besetzten Gebietes aus Anlaß der Befreiung des Rheinlandes verwendet werden soll.

Schließlich wurde noch folgende Resolution vom Ausschuß angenommen:

„Mit dem Dank, den das deutsche Volk den Rheinländern für die in all schweren Jahren bewährte Treue und die unermeßlichen Opfer schuldet, ist der Schmerz darüber verbunden, daß die neutralisierten Zonen nach der Bestimmung des Versailler Vertrages durch die einseitige Entmilitarisierung weiterhin minderen Rechtes bleiben und daß das Saargebiet noch nicht seiner Mutterlande zurückgegeben ist. Diesen Tatsachen entsprechend, hegt der Reichstag den Wunsch, daß die Befreiungsfeierlichkeiten am Rhein in ernster, würdiger Weise sich der schweren Lage des deutschen Vaterlandes anpassen mögen. Die Regierung wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß statt zahlreicher Vereins- und Organisationsfeiern nur eine einzige würdige Feier in den befreiten Gebieten stattfinde."

Das neue Amnestiegesetz.

Auch die Fememorde fallen darunter.

✠ **Berlin**, 24. Mai. Das neue Amnestiegesetz, über dessen Grundsätze sich die Regierungsparteien vor kurzem verständigt hatten, ist heute im Rechtsausschuß des Reichstags gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Bayerischen Volkspartei angenommen worden. Alle anderen Amnestieanträge, die von der Rechten eingebracht worden waren, wurden abgelehnt. Der angenommene Antrag erkennt durch die Fassung der Präambel an, daß zur Vermeidung von Zweifeln die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt werden müßten, also eine Zweidrittelmehrheit notwendig sei. Artikel 1 des Gesetzes bestimmt, daß für die aus politischen Beweggründen begangenen Straftaten, für die in § 4 des Amnestiegesetzes von 1928 die Amnestie ausgeschlossen war, Strafvreiheit gewährt werden soll, wenn die Tat vor dem 1. September 1924 begangen war. Die Amnestie soll also erweitert werden auf Verbrechen gegen das Leben und solche Straftaten, zu deren Durchführung der Täter ein Verbrechen gegen das Leben begangen hatte. Ausgeschlossen sind nur Straftaten, die sich gegen ein Mitglied oder ein früheres Mitglied der Reichsregierung gerichtet haben, praktisch also die Mordtat an Erzberger. Eingeschlossen sind aber in die Amnestie die Fememordtaten, da diese wohl alle vor dem 1. September 1924 begangen worden sind. Die neue Amnestie soll sofort nach der Verkündung in Kraft treten.

„Berufspflichten des deutschen Soldaten."

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

✠ **Berlin**, 24. Mai. Reichspräsident von Hindenburg hat eine neue Fassung der im Jahre 1922 veröffentlichten „Berufspflichten des deutschen Soldaten" verfügt, die allen Soldaten unverzüglich, jedem Neueintretenden sogleich nach der Einstellung vorzulesen und in regelmäßigen Zeitabständen im Unterricht zu erläutern sind. Die ersten Artikel über die Berufspflichten des deutschen Soldaten lauten:

Die Reichswehr ist das Machtmittel der gesetzmäßigen Reichsgewalt. Sie schützt die Grenzen des Deutschen Reichs und seinen Bestand nach außen und nach innen. Das Deutsche Reich ist eine Republik. Ihrer Verfassung schwört der Soldat die Treue. Die unverbrüchliche Wahrung der dem Vaterland gelobten Treue ist die vornehmste Pflicht des Soldaten.

Die Reichswehr dient dem Staat, nicht den Parteien. Politische Betätigung ist dem Soldaten verboten.

Die Treue gebietet dem Soldaten, im Krieg und im Frieden mit allen seinen Kräften bis zur Opferung des Lebens seine Pflicht zu tun und jede Gefahr von seinem Vaterland abzuwenden.

Wer es unternimmt, die Verfassung des Reiches oder der Länder gewaltsam zu ändern, begeht Hochverrat. Wer sein Vaterland oder dessen Geheimnisse verrät, begeht Landesverrat.

Der Düsseldorfer Mörder endlich gefaßt?

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

— **Düsseldorf**, 24. Mai. Eine aufsehenerregende Verhaftung, die mit der Düsseldorfer Mordaffäre in Verbindung gebracht wird, ist heute nachmittag hier erfolgt. Die Kriminalpolizei umstellte einen Wohnblock in der Prinz-Georg-Straße und verfolgte einen Mann mit dem Ruf: „Halten hoch!" Der Verfolgte konnte erst nach längerem Widerstand dingfest gemacht werden. In dem Tumult rief einer der Polizisten: „Jetzt haben wir den Düsseldorfer Mörder!" Das Polizeipräsidium verweigert jede Auskunft, gibt jedoch zu, daß es sich um eine Verhaftung handelt, die weit über Düsseldorf hinaus größtes Aufsehen erregen dürfte. An die Presse werde noch heute abend ein ausführlicher Bericht über die Verhaftung herausgegeben werden.

Viehische Roheit.

Nationalsozialisten auf der Menschenjagd.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

✠ **Berlin**, 24. Mai. Gestern ergab sich — wie gemeldet — aus Mitteilungen des Polizeipräsidiums, daß zwei Nationalsozialisten, die man in Haft genommen hatte, weil zwei kommunistische Arbeiter von ihnen erschossen worden waren, ihre Pistolenmunition zu Dumdumgeschossen verarbeitet hatten. In derselben Nacht wurde an anderer Stelle Berlins ebenfalls von Nationalsozialisten ein Händler namens Heimburger erschossen. Auch dieser Fall ist inzwischen von der Polizei aufgeklärt worden. Die Eingeborenen, die man jetzt vom Polizeipräsidium erfährt, zeugen von geradezu viehischer Roheit. Danach überfielen Mitglieder zweier nationalsozialistischer Sturmabteilungen vor ihrem Verkehrslokal in Schöneberg ohne jeglichen Grund sechs Personen, die sie für Kommunisten hielten und schlugen auf sie ein, nachdem sie sich gruppiert hatten und ein Entweichen unmöglich war. Der Händler Heimburger flüchtete quer über die Straße und kam dabei durch die erhaltenen Schläge kurz vor dem Ueberspringen eines Schutzgeländers der Straßenbahn zu Fall. Hier versetzte ihm der Nationalsozialist Westenberger den Stich, der später den Tod herbeiführte. Heimburger floh aber zunächst weiter, von sechs Nationalsozialisten verfolgt, die dauernd auf ihn einschlugen. Der Schwerverletzte lief in ein Lokal hinein, wurde von einem der Verfolger aber herausgeholt, auf die Straße geworfen, mit Schlagwerkzeugen bearbeitet und mit Stiefelabsätzen ins Gesicht getreten. Als man ihn endlich ins Krankenhaus schaffen konnte, starb er kurz nach seiner Einlieferung infolge des Herzstiches, der ihm beigebracht worden war. Dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium sind im ganzen 13 Nationalsozialisten vorgeführt worden, gegen alle von ihnen ist Haftbefehl erlassen worden. Westenberger, der geständig ist, wird dem Vernehmungsrichter erst später zugeführt werden.

Neuerkrankungen in Lübeck.

D **Hamburg**, 24. Mai. Die Zahl der Lübecker Kindererkrankungen ist weiter besorgniserregend gestiegen. Nach einer Mitteilung des Lübecker Gesundheitsamtes sind heute zwölf Neuerkrankungen zu verzeichnen, so daß nunmehr von den 246 schutzgeimpften Kindern nur noch 45 als gesund bezeichnet werden. Sämtliche erkrankten Säuglinge leiden, abgesehen von dreien, an Tuberkulose in ihrer schwersten Form. Wie das „Hamburger Echo" wissen will, mehren sich die Anzeichen dafür, daß die Calmette-Kultur im Lübecker Krankenhaus durch Fahrlässigkeit verseucht gewesen sei. Die Verteilung der Serumschaft der nach dem Calmette-Verfahren behandelten Kinder hat sich nach Fühlungnahme mit den amtlichen Stellen Lübecks an eine Reihe Hamburger Tuberkuloseforscher gewandt, um den Versuch zu unternehmen, die erkrankten und gefährdeten Kinder zu retten. Auf Grund der Abmachungen gehen die Hamburger Spezialisten Prof. Kirchner vorläufig nach Lübeck.

Tagesschau.

Leitartikel: Der letzte Akt am Rhein — Seite 3
Der Uebergang zum Neuen Plan — Seite 3
Reichsinnenminister Dr. Wirth hat ein neues Schreiben an den thüringischen Minister Baum gerichtet / Der Reichstag beriet den Haushalt des Reichspostministeriums — Seite 5
Fortsetzung der Artikelreihe „Deutschland vor neuen Aufgaben": Erneuerung von unten. Von Dr. Hermann Schäfer / Adolf von Harnack über das neue Heidelberger medizinische Institut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft — Seite 17
Abbau der Kartellpreise! Eine konjunkturpolitische Aufgabe erster Ordnung — Seite 5
Zur Finanzierung des Ostprogramms wird die Deutsche Ablösungsbank gegründet, sie wird sich als Spezialbank für zweitstelligen Realkredit unter Reichsgarantie betätigen — Seite 5
Die Hypothekenbanken 1929. — Ergebnisse und Erlebnisse. Ein Rückblick — Seite 6
Die Geldmärkte der Welt sind unverändert flüssig, die Notenbanken sind noch immer ohne Fühlung mit dem Markt — Seite 6
Der weit fortgeschrittene Saatenstand läßt frühe Ernten erwarten — Seite 9
Die Mix & Genest A.-G. verzeichnet einen Rekordumsatz und verteilt wieder 8 pCt. — Seite 11
Beim Sachsenwerk ist der Umsatz im neuen Jahr um 25 pCt. gesunken; Gründe und Ziele des Bündnisses mit der A. E. G. werden erörtert — Seite 11
Die Bayerische Staatsbank zeigt in ihrer Bilanz eine verringerte Liquidität und zurückgegangene Ergebnisse — Seite 12
Sport
Frankreichs Tennis-Meisterschaften — Seite 18
Feuilleton
Friedrich Lists Kampf um die deutschen Eisenbahnen / Altes Berlin — die Sommerschau / Holland musiziert in Bad Homburg — Seite 14
Literaturblatt
Konnersreuth / Der neue Orient / Ein Buch für die, die Romane satt haben / Bernhard Diebold über sozialistische Literaturgeschichte — Seite 15–16
Für Hochschule und Jugend
Wo ist die junge Mannschaft der Republik? / Jugendführer und Akademiker diskutieren — Seite 20
Reiseblatt
Berliner Beiträge / München—Palermo / Flugimpressionen Basel—Marseille / Ein Sommerfrischen-Etat — Seite 21–30

Vater und Töchter

Hildegard Frenzel zieht alle Beschuldigungen gegen den Vater zurück. — Gertrud bricht vollkommen zusammen.

(Privattelegramme der „Frankfurter Zeitung".)

✠ **Berlin**, 22. Mai. Auch heute wechselten im Prozeß gegen den Amtsvorsteher Frenzel belastende und entlastende Zeugenaussagen miteinander ab. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf die Vernehmung der neunzehnjährigen Hildegard Frenzel, die vor dem Staatsanwalt und dem Vormundschaftsrichter früher genau wie ihre Schwester Gertrud schwerste Beschuldigungen gegen den Vater vorgebracht hatte. Heute gestaltete sich gerade pathetischer Form zurück und versuchte dem Gerichtshof zu machen, weshalb sie früher Märchen erzählt habe. Drei Gründe machte sie geltend: ihr Vater habe sie kommandiert, ihr Vater habe ihren Lebenswandel beaufsichtigt und ihr Vater habe von ihr verlangt, daß sie von ihrem Verdienst einen Teil zu Hause abliefere. Dabei habe es offenbar sehr häufig Zank. Sie wollte durchaus von Zuhause weg und hatte ausgesprochene Rachegelüste gegen den Vater. Als Gertrud sie dann mit der Pfarrersfrau zusammenbrachte, diese sie wegen des Vaters bedauerte und offenbar anfing, sie aufzufangen, erzählte sie eingehend und mit vielen Einzelheiten von ihren Erlebnissen auf sexuellem Gebiete, führte aber dabei an Stelle anderer Männer ihren eigenen Vater als handelnde Person ein.

Eine Reihe weiterer Zeugen bekunden wieder Belastendes. Weibliche Angestellte des Amtsvorstehers sprachen von intimen Verkehr oder von Belästigungen der Angeklagten, was dieser bestreitet.

✠ **Berlin**, 23. Mai. Im Blutschandeprozeß Frenzel nähert sich der Beweisaufnahme ihrem Ende. Heute wurden vor allem Leumundszeugen vernommen, die zumeist günstig für den Angeklagten aussagten und teils wieder etwas von strafbaren Beziehungen zu seinen Töchtern gehört hatten, noch auch ihm derartiges zutrauten. Soweit sie ungünstig bekundeten, kam es im Wesentlichen darauf heraus, Frenzel sei ein „Schürzenjäger" gewesen. Es ist offensichtlich, daß selbst wenn dies wahr sein sollte, es im Grunde wenig für das Verbrechen, das dem Amtsvorsteher zur Last gelegt wird, besagen könnte. Merkwürdigerweise pflegen jedoch solche Aussagen leichtes Spiel zu haben gegen Angeklagten zu machen. Einigermaßen interessant war noch, daß der Detektiv, der Hildegard Frenzel zum Widerruf ihrer ursprünglichen Beschuldigungen veranlaßt hatte, sie als ein Mädchen zeichnete, das in bemerkenswerter Weise dazu neige, sich interessant zu machen. Gestern und heute kam übrigens zum Ausdruck, daß Hildegard Frenzel sich der Schwere ihrer Anschuldigungen nicht wohl bewußt gewesen zu sein scheint. Sie hat Blutschande wohl für etwas „Schlimmes", aber offenbar nicht eigentlich für ein schweres Verbrechen gehalten.

✠ **Berlin**, 24. Mai. Noch bevor der Blutschandeprozeß gegen den Amtsvorsteher Frenzel zu Ende geführt werden konnte, ist die sechzehnjährige Gertrud, die Hauptbelastungszeugin, seelisch vollkommen zusammengebrochen. Seit Tagen schon hatte man befürchtet, daß die unaufhörliche seelische Erregung und die schweren inneren Konflikte, die sie zweifellos durchzumachen hat, das Mädchen überwältigen würden. In der Tat wird Gertrud Frenzel — wie der Prozeß auch ausgehen mag — eines seiner Hauptopfer werden. Sie wird es gerade dann werden, wenn ihre Bekundungen objektiv unwahr und durch Suggestionen Dritter herbeigeführt sein sollten, wenn sie, bei der religiösen und erotische Vorstellungen sich offenbar zu einer eigenartigen Einheit von fraglichem Wahrheitswert verbunden haben, sich in sich selbst nicht mehr zurechtfindet und doch durch den Prozeß auf ihre Aussagen fixiert worden ist. Heute konnte sie jedenfalls vor Gericht nicht mehr erscheinen.

Es kamen zunächst die Sachverständigen zu Worte, die Gertrud, zum Teil auch Hildegard und den Angeklagten selbst untersucht hatten. Aus dem äußeren medizinischen Befund ließen sich keinerlei positive Beweise für ein Sittlichkeitsverbrechen des Amtsvorstehers herleiten, insbesondere spricht nichts dafür, daß Gertrud — wie sie behauptete — schon sehr frühzeitig von ihrem Vater vergewaltigt worden sei. Aber auch das Gegenteil läßt sich auf diese Art nicht beweisen. Der Angeklagte leistet bestimmt nach Meinung eines Sachverständigen einen kaltsinnigen Geschlechtsverkehr.

Dann wurde ein Brief Gertrude an ihre Schwester Hilde verlesen, der wieder eine Art Entlastungsmoment darstellt: Gertrud spricht in ihm in innigen Worten von ihren Eltern und Geschwistern zu einem Zeitpunkt, in dem die Auseinandersetzung wegen der Beschuldigungen gegen ihren Vater schon stattgefunden hatte. In einem anderen Briefe sagt Hildegard über ihre Schwester, daß sie lieber die Eltern schlecht machen wolle, als jetzt die Wahrheit zu sagen und dadurch Frau Pastor Scherff zu entrüsten.

Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld betonte in seinem Gutachten, daß die Aussagen jugendlicher Zeuginnen in Sittlichkeitsprozessen stets mit äußerster Vorsicht aufzunehmen seien, weil die Entwicklungsjahre des Seelenlebens dieser Mädchen sehr hart aus dem Gleichgewicht brächten. Diese Erscheinungen träten sehr häufig bei Frühreifen und erblich Belasteten auf, und beides sei bei Gertrud Frenzel der Fall. Zeugimmen dieser Art wären im allgemeinen keine bewußten Lügnerinnen, sondern glaubten, was sie sagten, und gerade darauf beruhe ihre Gefährlichkeit. In diesem besonderen Falle zeigten die Bekundungen der Zeugin die Unwahrscheinlichkeit der von ihr behaupteten Vorkommnisse, da die Schilderungen in ihren Einzelheiten mit den heutigen wissenschaftlichen Erfahrungen nicht in Einklang zu bringen seien. Hinzu kamen, daß die Voraussetzungen, die sonst für Blutschande gegeben zu sein pflegten, z. B. geistige Minderwertigkeit, Alkohol-Milieu, Alkoholmißbrauch usw. in diesem Falle gänzlich fehlten. Auch daß solche Vorfälle Hysterischer sprache erfahrungsgemäß eher gegen als für Blutschande. Als Quelle einer etwaigen suggestiven Beeinflussung Gertruds müsse die ihr geistig überlegene Schwester Hildegard angesehen werden. Demgegenüber erscheine der Einfluß des Pfarrhauses sekundär und unwesentlich.

Der Sachverständige Professor Liepmann erklärte, daß die Schilderungen der Gertrud Frenzel außerordentlich zweifelhaft und sogar unwahrscheinlich.

Nachdem noch einige Leumundszeugen vernommen worden waren, wurde die Fortsetzung der Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Reflexionen über Briands Europa.

FS „Wir haben Schauspieler, aber wir haben noch keine Schauspielkunst," sagte Lessing vom deutschen Theater seiner Zeit. Wir haben jetzt einen großen europäischen Akteur, aber wir haben noch kein Europa. Als Briand letzten Herbst in Genf vor den Journalisten von seiner Idee sprach, da fragte er sich, ob es einem Manne seines Alters anstehe, noch solchen „Chimären" nachzujagen. Er konnte es sich nicht versagen. Mit seinem Memorandum hat er jetzt einen Schritt in die Wirklichkeit getan. Das muß noch kein Schritt zur Verwirklichung sein. Aber das Problem ist nun vor jene hingestellt, die sich im Namen ihrer Länder dazu zu äußern haben, vor die Regierungen. Das erste Echo der Oeffentlichkeit war wohl unglaubiger, zweifelnder, mißtrauischer Unterton. Man wird sehen, was die Regierungen zu sagen haben. Die Vorbehalte werden vielleicht so stark sein, daß die grundsätzlichen Zustimmungen nur noch höfliche Verbeugungen sind. Vielleicht treten noch einige andere europäische Akteure an Briands Seite, aber die Kunst, Europa zu schaffen, um bei Lessings Bild zu bleiben, ist damit auch noch nicht garantiert. Wenn freilich Europa einmal wird, dann bleibt Briand der Ruhm, der Vater zu sein. Was das bedeuten kann, sieht man freilich an Wilsons Vaterschaft am Völkerbund, nicht allzu viel.

Briands Initiative war voller Vorsicht, aber noch nicht vorsichtig genug. Die Atmosphäre für Europa ist die ist, besteht noch nicht die Dichte, die ganz konkrete Verfassungsentwürfe tragen könnte. Briands Vorsichtig wirkt zu schwer, und man muß fürchten, daß er darum Stimmungen belastet, die an und für sich günstig sind. Gewiß soll alles einer europäischen Konferenz vorbehalten werden. Briand wollte nur eine Diskussionsbasis dafür liefern. Aber er hat nun doch einige Leitsätze aufgestellt, die er für unerläßlich hält. Der erste ist, daß ein allgemeiner Pakt geschlossen werden müsse. Muß das sein? Der Briand so nahestehende Herriot hat ihm entgegengehalten, daß die Welt ein bischen müde ist von solchen Generalakten. Es ist so schwer, von ihnen aus an die wirklichen Probleme der Politik heranzukommen. Nun wird Briand vielleicht antworten, daß das Allgemeine das Primäre sein müsse, da es darauf ankomme, eine gewisse Politik festzulegen. In seinem Memorandum heißt es: „Die unterzeichneten Regierungen erscheinen so gebunden an die allgemeine Orientierung einer gewissen gemeinsamen Politik, und das Prinzip der europäischen Union wäre von ha an über jede Diskussion und über jede tägliche Anwendungsverfahren erhaben." Liegt nicht hierin eine Sache allein die Chimäre? Die gemeinsame Politik für Europa? Sie müsse zunächst eine Politik der Bereinigung sein für alle die schweren Fragen, die sein Friedensverträgen auf Europa lasten. Briand macht es sich leicht wie Cordenhove-Kalergi: Schaffen wir Europa, das andere, die Grenzfragen, Regelung der Minderheiten, Abbau der Zollmauern, wird sich finden. Soviel Vertrauen bringen die Völker nicht mehr auf, Blankowechsel auszustellen. Hier gilt, was sich an Deutschlands Eintritt in den Völkerbund bewährte: zuerst mußte der deutsch-französische Gegensatz in Locarno überbrückt werden, ehe an eine gute Nachbarschaft in Genf gedacht werden konnte. Nun denkt sich Briand dieses allgemeinen Pakt als etwas sehr Summarisches. Die Ausarbeitung einer genauen Verfassung würde der Zukunft vorbehalten bleiben. Aber mit der Forderung einer gemeinsamen Politik nimmt er das Wesentliche vorweg. Diese gemeinsame Politik kann sich nur an der Lösung der den Frieden belastenden Probleme entwickeln. Andernfalls läuft sie Gefahr, in unfruchtbarer Diplomatie mit schlechten Kompromissen zu versanden.

*

Die gemeinsame Politik könnte nun in Ablehnungen nach außen gesucht werden: Europa als Kontinent gegenüber den anderen Kontinenten. Es müßte nicht notwendig eine feindselige Einstellung sein. Doch steht außer Zweifel, daß man hier „pan-

amerikanische Union" ist etwas weniger als das, was Briand für Europa will. Aber sie ist aus Motiven entstanden, die heute für den europäischen Kontinent geltend gemacht werden. Zusammenschluß oder Untergang. Als Monroe auftrat, da war es, um es möglichst kurz auszudrücken, eine Reaktion gegen die Heilige Allianz. Man fürchtete, daß das legitimistisch gesinnte Europa die durch Revolutionen befreiten spanischen Kolonien wieder zurückerobern wolle. Diesen Möglichkeiten wurde die Monroe-Doktrin entgegengestellt: Amerika den Amerikanern. Der Gedanke der panamerikanischen Solidarität ist nach innen hin indessen immer genug tot geblieben. Nur mühsam brachte man im Laufe der Jahrzehnte einige Konferenzen zusammen. Erst in den letzten vierzig Jahren ist eine ständige Organisation entstanden, die in Washington über eine Zentralbehörde zu einem opulenten Haus verfügt. Aber die Organisation konnte sich nur erhalten, indem sie sich auf ganz allgemeine Aufgaben mit wissenschaftlich-statistischer Art beschränkte. Vielleicht hat sie einiges verhütet. am meisten hat sie sich auf das politische Gebiet vorgewagt mit der Ausarbeitung eines Modells für Schiedsverträge zwischen den einzelnen Staaten, die der Union angehören. Am wenigsten Leben zeigte sie in den zahlreichen Konflikten zwischen den einzelnen Staaten, und gerade die Beteiligten Staaten von Nordamerika haben sich in ihren Streitigkeiten mit Mexiko oder anderen Lateinamerikanern gar nicht um die Existenz der Union gekümmert.

Die panamerikanische Union wäre also eher ein Beispiel dafür, was überboten werden soll. Die Idee der Solidarität war aus einer weltpolitischen Konstellation entstanden. Das Bedürfnis der inneren Zusammengehörigkeit war nicht vorhanden, und ist es auch heute noch nicht in einem Maße, daß eine strafferre Organisation gestattete.

*

Briand will seine europäische Föderation dem Völkerbund unterordnen. Damit schufe er eine Art europäische Sektion, der man eine das vorberettende Studium der rein europäischen Probleme überlassen könnte. Vielleicht wird die regionale Organisation einmal eine Zukunftsfrage für den Völkerbund. Er kann daran aber erst herantreten, wenn er seinen Universialismus, ohne den er sein Wesen verlöre, so gefestigt hat, daß er aus den Sondergruppierungen keine zentrifugalen Tendenzen mehr zu befürchten hätte. Heute scheint uns die Schaffung einer europäischen Sektion die Gefahr einer Schaffung anderer kontinentaler Gruppierungen heraufzubeschwören. Die Spannungen, die der Bund überwinden soll, würden also erst recht Möglichkeiten zur Entwicklung finden. Noch mehr: Es wäre neuer Spielraum für politische Schiebungen geschaffen, an denen man heute schon genug hat. Es wäre vor allem aber auch gar keine Garantie gegeben, daß nicht in dieser europäischen Sektion die politischen Spannungen selbst jede positive Arbeit belasteten. Wären wir so weit, daß der Geist der Solidarität alles beherrschte, dann wäre allerdings die Sektion kaum mehr nötig.

*

In dem Verhältnis zum Völkerbund wird auch das Kernproblem von Briands Plan berührt. Er schlägt noch keinen bestimmten Verfassungsentwurf vor. Aber einmal müßte doch festgelegt werden, wie die europäischen Staaten in dieser Europa zu einander stehen sollen. Das Wort „union fédérale" wird in dem Memorandum gebraucht und der „unité" gegenübergestellt. Dies sagt staatsrechtlich nicht viel. Nun könnte man von der alten griechischen Amphiktyonie an bis zur modernen Schweiz, über die Vereinigten Staaten bis zum Reich und zum Reich alle Verfassungen studieren, die einen Staatenbund oder einen Bundesstaat darstellen. Briand hat sicherlich nach diesen Mustern hingeblickt, wenn er auch seine unmittelbar praktischen Vorschläge nach dem Völkerbund konzipiert hat: Rat, Konferenz, Sekretariat. Die Forderung der absoluten Souveränität und der politischen Freiheit jedes Partners zieht die Grenze gegen die Ueberstaatlichkeit. Sie zieht sie offenbar zu scharf. Sie beachtet kaum, daß durch die zahllosen internationalen Verträge die Souveränität schon vielfach angebrochen ist. Freilich hätte Briand vielleicht jede Diskussion seines Projektes unmöglich gemacht, wenn er sofort starke Opfer an Souveränitätsrechten verlangt hätte. Nur läßt sich das „federal organisierte" Europa doch nicht ohne eine staatsrechtliche Bindung des Einzelnen vorstellen. Die Form zu finden, will Briand einer Art spontaner Zeugung durch die Geschichte überlassen.

Das Problem der Ueberstaatlichkeit stellt sich schon da am schwersten, wo Briand die ersten Anfänge der Einigung hofft: bei der Wirtschaft. Er fordert hierzu Unterordnung unter die Politik. Man kann zugeben, daß die Zollmauern von der Politik her niedergelegt werden können. Aber auch das wird nur möglich sein, wenn die wirtschaftliche Entwicklung selber an einem Ausgleich der Interessen vorarbeitet. Briand will seinen europäischen Zollverein nicht so gründen, daß man die Binnenzölle der einzelnen Länder niederlegt, um sie an der Grenze des Ganzen neu aufzurichten. Er fürchtet damit einen Kampfzoll gegen andere größere Gruppen zu konstruieren. Er denkt dabei wohl an den Deutschen Zollverein, der zum Deutschen Reich geführt hat. Ueber dieses Problem wird noch sehr viel zu sagen sein. Das Beispiel des Deutschen Zollvereins ist nach anderer Richtung hin lehrreicher: Es zeigt, daß die Wirtschaftspolitik ein Mittel der politischen Einigung war. Aber man darf nicht vergessen, daß der Wille zur Einigung eben stark genug war, den Partikularismus zu überwinden. Ist das vollkommen gelungen?

*

Einen ganz großen geschichtlichen Versuch hat Briand unternommen. Er muß darum gestatten, auch in die Vergangenheit zurückzublicken. Die Ideen einer europäischen Staatengemeinschaft sind nichts Neues. Sie sind auch formuliert worden. Wir wollen uns an eines erinnern, das auch von Frankreich ausging, das dort auch von einem praktischen Staatsmann ausgearbeitet worden war, an Sullys „Grand dessein". Es war ein Plan zur politischen Organisation des damaligen Europa. Der Kaiser, der Papst und die sechs Erbkönige sollten darin die erste Rolle spielen. Das Interessantestes an dem Projekt, das nicht aus den Akten herauskam, war die neue Organisation, die auch eine Veränderung des territorialen Status ermöglichen sollte. Frankreich hätte damals — um 1600 — Spanien gerne verkleinert. Was Sully in Aussicht nahm, wird in dem Memorandum gebraucht und der „unité" gegenübergestellt. Dies sagt staatsrechtlich nicht viel. Nun könnte man von der alten griechischen Amphiktyonie an bis zur modernen Schweiz, über die Vereinigten Staaten bis zum Reich und zum Reich alle Verfassungen studieren, die einen Staatenbund oder einen Bundesstaat darstellen. Briand hat sicherlich nach diesen Mustern hingeblickt, wenn er auch seine unmittelbar praktischen Vorschläge nach dem Völkerbund konzipiert hat: Rat, Konferenz, Sekretariat. Die Forderung der absoluten Souveränität und der politischen Freiheit jedes Partners zieht die Grenze gegen die Ueberstaatlichkeit. Sie zieht sie offenbar zu scharf. Sie beachtet kaum, daß durch die zahllosen internationalen Verträge die Souveränität schon vielfach angebrochen ist. Freilich hätte Briand vielleicht jede Diskussion seines Projektes unmöglich gemacht, wenn er sofort starke Opfer an Souveränitätsrechten verlangt hätte. Nur läßt sich das „federal organisierte" Europa doch nicht ohne eine staatsrechtliche Bindung des Einzelnen vorstellen. Die Form zu finden, will Briand einer Art spontaner Zeugung durch die Geschichte überlassen.

Das Problem der Ueberstaatlichkeit stellt sich schon da am schwersten, wo Briand die ersten Anfänge der Einigung hofft: bei der Wirtschaft. Er fordert hierzu Unterordnung unter die Politik. Man kann zugeben, daß die Zollmauern von der Politik her niedergelegt werden können. Aber auch das wird nur möglich sein, wenn die wirtschaftliche Entwicklung selber an einem Ausgleich der Interessen vorarbeitet. Briand will seinen europäischen Zollverein nicht so gründen, daß man die Binnenzölle der einzelnen Länder niederlegt, um sie an der Grenze des Ganzen neu aufzurichten. Er fürchtet damit einen Kampfzoll gegen andere größere Gruppen zu konstruieren. Er denkt dabei wohl an den Deutschen Zollverein, der zum Deutschen Reich geführt hat. Ueber dieses Problem wird noch sehr viel zu sagen sein. Das Beispiel des Deutschen Zollvereins ist nach anderer Richtung hin lehrreicher: Es zeigt, daß die Wirtschaftspolitik ein Mittel der politischen Einigung war. Aber man darf nicht vergessen, daß der Wille zur Einigung eben stark genug war, den Partikularismus zu überwinden. Ist das vollkommen gelungen?

*

Einen ganz großen geschichtlichen Versuch hat Briand unternommen. Er muß darum gestatten, auch in die Vergangenheit zurückzublicken. Die Ideen einer europäischen Staatengemeinschaft sind nichts Neues. Sie sind auch formuliert worden. Wir wollen uns an eines erinnern, das auch von Frankreich ausging, das dort auch von einem praktischen Staatsmann ausgearbeitet worden war, an Sullys „Grand dessein". Es war ein Plan zur politischen Organisation des damaligen Europa. Der Kaiser, der Papst und die sechs Erbkönige sollten darin die erste Rolle spielen. Das Interessantestes an dem Projekt, das nicht aus den Akten herauskam, war die neue Organisation, die auch eine Veränderung des territorialen Status ermöglichen sollte. Frankreich hätte damals — um 1600 — Spanien gerne verkleinert. Was Sully in Aussicht nahm, wird aber der eine zentrale Gedanke der Sicherheit Frankreichs bleibt. Man findet ihn in Napoleons zu spät gefaßtem Projekt europäischer Einigung wieder. In Briands Memorandum ist er nicht offen ausgesprochen. Aber er ist darin, und er ist ein Ziel, der dem Ganzen nichts Gutes bringt. Die europäische Union wird sein, wenn sie nur um ihrer selbst willen da sein will.

Die preußischen Finanzsorgen.

Staat und Gemeinden.

(Privattelegramme der „Frankfurter Zeitung".)

✠ **Berlin**, 24. Mai. Das preußische Staatsministerium hat dem Staatsrat nunmehr die Novelle zum innerpreußischen Finanzausgleich für das Rechnungsjahr 1930 zugehen lassen. Die Umrisse und finanziellen Grundlagen der Novelle sind von uns früher bereits skizziert worden. Nach der jetzigen endgültigen Fassung ergibt sich, daß sich das Defizit des Staatshaushalts für 1930 auf insgesamt 100 Millionen Mark beläuft (88 Mill. eigentlicher Fehlbetrag, 12 Mill. Rückfluß aus Umsatzsteuermitteln, die nicht mehr — wie bisher — für den allgemeinen Finanzbedarf Verwendung finden dürfen, und 3 Mill. Mehrbewilligungen des Landtags). Diesen 103 Millionen stehen gegenüber: an Mehreinnahmen aus der Biersteuer 42,7 Millionen, aus der Mineralwassersteuer 20,2 (nicht 22,2 wie bisher angegeben), aus der Kraftfahrzeugsteuer 19,2 Millionen. Nach Abzug der Mindereinnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer, insgesamt 28,8 Millionen, ergibt sich für Preußen als Saldo eine Mehreinnahme von 53,3 Millionen Mark.

Von dem Gesamtdefizit der preußischen Gemeinden und Gemeindeverbände wird gesagt, daß es sich zahlenmäßig noch nicht ermitteln lasse, aber nicht geringer sei. Es seien daher zwei Maßnahmen sofort erforderlich: die Bereitstellung von Mitteln zur Entlastung kommunaler Körperschaften, in den Grenzprovinzen und eine wesentliche Entlastung der Gemeinden von den persönlichen Volksschullasten in Verbindung mit einer Verbesserung des Lastenausgleichs auf diesem Gebiete. Um die Durchführung dieser beiden Maßnahmen zu ermöglichen, sollen Gemeinden und Gemeindeverbände die Hälfte der Biersteuer (21,4 Mill.), die ganze Mineralwassersteuer (20,2 Mill.), 15 Mill. aus allgemeinen Staatsmitteln (Grenzfonds) und die Mehreinnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer (19,2 Mill.) erhalten, während ihnen die Mindereinnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer mit etwa der Hälfte (14,5) zur Last fallen sollen. Es ergeben sich dann als Saldo für die Mehreinnahmen von Gemeinden und Kommunalverbänden 61,2 Mill. Mark. Hiervon entfallen die Mehreinnahmen aus der Bier-, der Mineralwassersteuer und dem Grenzfonds allein auf die Gemeinden, während die Mehrzuflüsse aus der Kraftfahrzeugsteuer ausschließlich den Provinzen und Kreisen zufließt. An den Mindereinnahmen aus Einkommen- und Körperschaftssteuer sind die Gemeinden selbst mit 11,5 Mill. beteiligt, so daß sich die Mehreinnahmen für sie allein auf rund 45 Mill. stellen.

Der Staat selbst erhält aus der Biersteuer 21,4 Millionen, erleidet aber dafür eine Einbuße von 29,3 Mill. (14,8 bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer und 15 beim Grenzfonds), so daß er im Endergebnis mit etwa 8 Mill. Mark mehr belastet wird, die er ebenso wie das Defizit von 103 Millionen bekanntlich vor allem aus der Verdoppelung der Grundvermögensteuer decken will. Von den 45 Millionen Mehreinnahmen der Gemeinden sollen 15 Millionen für Grenzzwecke und 30 Millionen für den Volksschullastenausgleich Verwendung finden. Die Frage, was hinsichtlich der Verteilung der freibleibenden Anteile an der Einkommen- und Körperschaftssteuer zu geschehen habe, insbesondere was an die Gemeinden der relativen Gewinner zu leisten sei, könne erst entschieden werden, wenn — was man erhoffe — für das Rechnungsjahr 1931 noch weitere Mittel verfügbar gemacht werden könnten.

Die Verdoppelung der Grundvermögensteuer.

Die Notverordnung angenommen.

✠ **Berlin**, 24. Mai. Der Ständige Ausschuß des Landtags hat heute nachmittag der Notverordnung der Staatsregierung zugestimmt, wonin die Erhebung der Grundvermögensteuer um 100 Prozent in derselben Weise vorgeübt wird wie in dem Gesetzentwurf, dessen Verabschiedung im Landtag durch die Obstruktion der Oppositionsparteien verhindert worden war. Die Vertreter der Regierungsparteien hatten im Ausschuß heute, daß ein ungewöhnlicher Notstand im Sinne der Verfassung vorliege, der zur Umgehung des normalen Gesetzgebungsweges zwinge. Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff wies jedoch darauf hin, daß die Regierung nicht in der Lage wäre, ihren rechtlichen Verpflichtungen voll nachzukommen, wenn sie daher nicht durch die Erhöhung der Grundsteuer die Mittel erhalte. Außerdem sei die Erhöhung notwendig, damit die Novelle zum Finanzausgleichsgesetz, die den Schulladenausgleich enthalte, durchgeführt werden könne.

*

Die Abgabe der Gewerbesteuererklärung in Preußen bis 31. Mai.

Eine Gewerbesteuererklärung ist abzugeben: 1. von allen gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, deren Gewerbeertrag im Kalenderjahr 1929 den Betrag von 6000 RM. übersteigen hat; 2. ohne Rücksicht auf die Höhe des Gewerbeertrages von allen gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, bei denen der Gewinn auf Grundlage des Abschlusses der Bücher zu ermitteln ist; 3. von allen gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, für die vom Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses eine Steuererklärung besonders verlangt wird. Frist für die Abgabe der Erklärung: 15. bis 31. Mai 1930.

Friedenskundgebung der Kriegsbeschädigten.

= **Frankfurt**, 24. Mai. An dem den Toten des Weltkrieges gewidmeten Opferfest fand heute in der Paulskirche eine fast Samstag abend eine eindrucksvolle Friedenskundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten statt, die durch eine Ansprache des Stadtverordneten Dr. Union Grüße des Kartells der Völkerbundbeglegerten Professor René Cassin (Paris) besondere Bedeutung erhielt. Cassin, der am Schluß seiner Rede einen Vorbeertrag mit den französischen Farben und der Inschrift „Für Frankreich" niederlegte, betonte die Zusammenarbeit gemeinschaft aller Kriegsteilnehmer, deren Aufgabe es sei, den Krieg zu überwinden und den Frieden in Europa zu sichern. Viel sei schon erreicht worden. Jede Nation aber müsse noch Opfer bringen, die Sicherheit der Welt, Sicherheit und Abrüstung Wirklichkeit seien. Eine internationale Kontrollgewalt müsse geschaffen werden. Aufbauende Friedensarbeit aber könne nur von Regierungen geleistet werden, die von der freien öffentlichen Meinung kontrolliert und von den Volksmassen angespornt würden. Der Sprecher des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Reichstagsabgeordneter Hofmann (Stuttgart) betonte die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Kriegsteilnehmer aller Länder im Interesse der Sicherung des Friedens und legte einen Kranz mit den deutschen Farben nieder.

Darjeeling, 24. Mai. (United Preß.) Die Internationale Mount Everest-Expedition, die bekanntlich von einem Deutschen geführt wird, gerieet in eine Lawine, durch die ein Teil der Marschkolonne verschüttet wurde. Ein Träger wurde getötet, zwei andere verletzt. Europäer sind nicht zu Schaden gekommen.

Die Finanzierung des Bahnbaues Ostoberschlesien—Gdingen.

Ein französisches Angebot.

Warschau, 24. Mai. (Ostexpreß.) Die in Warschau eingetroffenen Vertreter der Firma Schneider-Creuzot und der Banque des Pays-Bas haben dem polnischen Verkehrsministerium ein Angebot auf die Finanzierung des Eisenbahnbaues Ostoberschlesien—Gdingen überreicht. In den nächsten Tagen wird ein französischer Fachmann erwartet, der den genannten Firmen ein Bericht über den gegenwärtigen Stand der Bauarbeiten und die Höhe der für die baldige Beendigung erforderlichen Geldmittel erhalten soll. Die polnische Presse legt dem französischen Angebot die größte Bedeutung bei, da die Fertigstellung der Bahn, der sogenannten polnischen Magistrale, die eine direkte Verbindung zwischen dem ostoberschlesischen Industrierevier und dem polnischen Hafen Gdingen herstellen soll, ohne Auslandshilfe nicht vor zwei oder drei Jahren möglich sein würde.

L. Wien, 24. Mai. (Priv.-Tel.) Die tschechoslowakischen Kreise, die politisiert sind, bei „N. Fr. Pr." den Bau einer Eisenbahnlinie von Livno in Bosnien nach Sinj in Dalmatien, von wo dann die Normalspurbahn nach Spalato weiterführt.

Starke Schneefälle in den Alpen.

dt. Zürich, 24. Mai. (Priv.-Tel.) In den zentralen alpinen Zonen hat es heute noch bis zur Höhe von 2000 Meter stark geschneit.

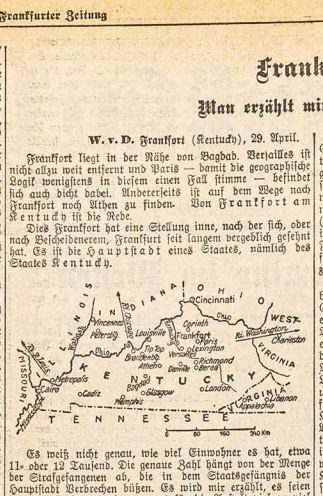
Frankfurt.

Man erzählt mir . . . (Schluß.)

W. v. D. Frankfort (Kentucky), 29. April.

Frankfort liegt in der Nähe von Bagdad. Bersolles ist nicht allzu weit entfernt und Paris — damit die geographische Lage wenigstens in diesem einen Fall stimme — befindet sich auch dicht dabei. Andererseits ist auf dem Wege nach Frankfort noch Athen zu finden. Von Frankfort am Kentucky ist die Rede.

Dies Frankfort hat eine Stellung inne, nach der sich, oder nach Bescheidenerem, Frankfurt seit langem vergeblich gesehnt hat. Es ist die Hauptstadt eines Staates, nämlich des Staates Kentucky.



Es weiß nicht genau, wie viel Einwohner es hat, etwa 11- oder 12 Tausend. Die genaue Zahl hängt von der Menge der Strafgefangenen ab, die in dem Staatsgefängnis der Hauptstadt Verbrechen büßen. Es wird mir erzählt, es seien gegenwärtig 2500 darinnen, was für die Anstalt viel zu viel ist, da sie normalerweise nur 1400 Bewohner beherbergen kann. Es ist das gleiche Uebel überall: Die Gefängnisse sind zu klein, die Zahl der Gefangenen ist zu groß. Daher allgemeine Unzufriedenheit bei den unfreiwilligen Gästen des Staates. Gelingt es, durch Bestechung von Wächtern, Waffen herbeizuschaffen, so gibt es Ausbrüche; oder es kommt zu furchtbaren Vorgängen wie in Columbus, Ohio. Wie überall, so ist auch in Frankfort die Zunahme der Strafgefangenen in erster Linie der Prohibition zu danken. Insofern ist Frankfort, falls es auf Kinnohrenpsychologie ankommt, erspicht, ein am Alkoholverbot interessiert. Aber nur insofern.

Das erste, was ich in Frankfort erblickte, war das Capital-Hotel. Das deutet aber nicht auf eine Charakterähnlichkeit mit Frankfurt hin, sondern im Gegenteil auf die bereits erwähnte Würde, die Frankfurt nicht besitzt. Ich sah mich in Frankfort vergeblich nach kaufmännischer Regsamkeit um und konnte nur eine Möbelfabrik erblicken. Allerdings gibt es hier eine Industrie, die ganz hervorragenden Leistet, nämlich die Natur. Davon sei sogleich die Rede.

Da Frankfort Hauptstadt eines Staates ist, so muß es dort natürlich auch eine Frankfurter Zeitung geben. Sie gibt es. Sie heißt „The State Journal" Das Frankfurter Journal ist, wie sich's gehört, demokratisch. Das bedeutet in Amerika zwar etwas anderes, immerhin — Sein Präsident heißt James L. Rennman. Es ist ein Morgenblatt. Und ein ordentliches Blatt dazu, denn seine erste Seite ist nicht, wie im Falle der meisten amerikanischen Zeitungen, mit Skandal- und Sportnachrichten, sondern mit politischen Meldungen gefüllt. Ich lese voll Spannung den Leitartikel. Er trägt die Ueberschrift „Main Roads First". Das hat mit dem Main natürlich nichts zu tun, sondern mit den Hauptstraßen, die unter der Entscheidung einer Kommission im Staate Kentucky zunächst gebaut werden sollen. Arme Kommission. Das „Journal" prophezeit, daß die Redakteure über sie sehr bald wie „feuchte Hennen" herfallen werden. Der Redakteur des Frankfurter „State Journal" wird das indessen nicht tun. Er bekennt, daß er von Straßenbau sehr wenig versteht. Eine Zeitung, deren Redakteur zugibt, daß er von einer Sache nichts weiß, darf wohl beachtlich genannt werden.

Ein Mann aus dem benachbarten Cincinnati hat gesagt, Gras hat hier bekanntlich Reklamewert zu treiben, als er Kentucky schuf. Das trifft zu, denn Kentucky ist ein Idyll. Was gibt es, namentlich jetzt im Frühjahr, auf seinen Hügeln, in seinen Schluchten, an seinen Felsklüften für Farben! Und für seinen Schluchten, an seinen Felsklüften für Farben! Und für seinen Schluchten, an seinen Felsklüften für Farben! Und für

Reichsausgabe
Frankfurter Zeitung
mit Handelsblatt

Frankfurt, 24. Mai.

Der letzte Akt am Rhein.

In der heute abschließenden Woche sind die amtlichen Räumungsbefehle an die französischen Truppen im besetzten Gebiet ergangen. Die französische Regierung hat nach der erfolgten Inkraftsetzung des Young-Plans noch einmal ausdrücklich bestätigt, daß die Räumung des Rheinlandes am 30. Juni vollendet sein werde.

Der letzte Akt einer schweren Zeit unserer rheinischen Gebiete geht zu Ende. Wir erinnern uns in diesem Augenblick alles dessen, was die Bewohner dieses deutschen Stromlandes fast zwölf Jahre lang getragen haben. Wir erinnern uns des Einmarsches im Winter 1918 und der völlig unbegrenzten Militärherrschaft, die in der Waffenstillstandszeit über ein Jahr lang das Rheinland unter Kriegsrecht hielt. Wir erinnern uns, wie die formale Begrenzung dieser Militärherrschaft im Rheinlandabkommen, das am 10. Januar 1920 in Kraft trat, zahlreiche ohne praktische Bedeutung und die Bevölkerung dem fremden Gewaltregiment gegenüber im Gefühl völliger Rechtlosigkeit verblieb. Militärs werden immer und überall ein hartes Regiment führen. Manche Schikanen und üble Vorkommnisse gingen über solche Entschuldigungen weit hinaus. Aber sie waren nicht das Wesentliche. Die furchtbare Grausamkeit des Versailler Vertrags lag darin, daß man sich überhaupt unterfing, eine kultivierte europäische Bevölkerung zehn oder fünfzehn Jahre lang unter militärischer Fremdherrschaft halten zu wollen, und daß man sich einbildete, diesen Zustand unter dem Kapitel Freiden rubrizieren zu können. Auch wenn es zu gar keinen Zwischenfällen und Ausschreitungen gekommen wäre, konnte, solange der Rhein besetzt blieb, von keiner Befriedung zwischen Frankreich und Deutschland die Rede sein. Die „Frankfurter Zeitung" hat vor Jahren einmal das Wort eines rheinischen Pazifisten wiedergegeben, der erklärte: „Das Gefühl, unter Fremdherrschaft zu stehen, ist kein relatives, sondern ein absolutes, und ebenso das Gefühl nationaler Freiheit." Die große Masse der Bevölkerung mag gewiß nicht jeden Augenblick in solchen allgemeinen Ueberlegungen bestimmt gewesen sein. Um so tiefer und nachhaltiger haben sich ihr die tausend kleinen und oft auch sehr großen Leiden, Entbehrungen, Demütigungen und Mißhandlungen eingegraben, denen sie hilflos und praktisch zumeist rechtlos ausgesetzt war.

So tief haben sich diese Erlebnisse den rheinischen Menschen eingegraben, daß viele von ihnen jahrelang nicht mehr zu dem Glauben zurückfanden, es könne jemals wieder völlig anders werden, die Franzosen würden jemals auch nur an den von ihnen unterschriebenen Vertrag sich halten und das besetzte Gebiet wieder freigeben. Noch in den letzten Wochen konnte man gebildete Menschen treffen, die nicht bloß das Datum des 30. Juni mit skeptischem Lächeln quittierten, sondern darüber hinaus Zweifel äußerten, ob die französischen Generale nicht neue Vorwände finden sollten, ihre strategische Stellung vom Hunsrück über Pfälzer Wald und an der Mainzer Rheinecke weiterhin und dauernd festzuhalten. Solche Skepsis entspricht gewiß in keiner Weise mehr dem wirklichen Tatbestand der heutigen französischen Politik. Aber man muß immerhin ihre Wurzeln verstehen. Die Menschen am Rhein haben einen sehr eindringlichen historischen Lehrkursus durchgemacht, der ihnen vorführte, daß das, was man bisher die französische Rheinlandpolitik nannte, keine neuaufgetretene Zeiterscheinung und keine Sonderheit einzelner Politiker und Militärs war. Der Gedanke, den Rhein als Frankreichs natürliche Grenze zu beanspruchen, hat jahrhundertelang das französische Volk bis in seine friedliebendsten Kreise hinein beherrscht. Am Rhein bekam man zu spüren, wie dieser Anspruch auch denen, die, verstärkt durch den Abscheu vor neuem Völkermorden, mit aller Aufrichtigkeit und Dringlichkeit Verständigung erstrebten, zum wenigsten ins Unterbewußtsein tief eingewurzelt war.

Eine besondere Bedeutung hat dieser Augenblick der endgültigen Rheinlandräumung auch für die deutsche Gesamtpolitik. Jene „Erfüllungspolitik", die 1919 mit der abgezwungenen Unterschrift in Versailles begann, die dann von den Weimarer Parteien, von Rathenau und Wirth in Anden griff genommen, unter dem Einfluß von Stinnes und anderen so folgenschwer bekämpft und danach von Stresemann wieder aufgenommen wurde, sie ist jetzt wirklich zur Befreiungspolitik geworden. Wie hat man jahrelang alle Leidenschaften, den furchtbarsten Haß und die schmutzigste Verleumdung gegen die Träger dieser Politik aufgepeitscht. Menschenopfer edelster Art mußten fallen. Nun aber kommt der Tag, wo wir sagen dürfen: sie sind nicht umsonst gefallen. Gewiß verschwinden mit der Besatzung noch nicht alle Fesseln des Versailler Vertrages. Gewiß wird am 30. Juni nicht alle Not, die ein Jahrzehnt fremder Militärherrschaft mit mehr oder weniger starker Abschließung vom übrigen Vaterland dem besetzten Gebiet gebracht hat, in einer Mitternachtsstunde geschwunden sein. Lähmungen, Blutstauungen, Wunden und Narben bleiben zurück, die noch einige Zeit der Pflege bedürfen. Freilich ist Gesamtdeutschland heute in einer wirtschaftlichen und finanziellen Bedrängnis, die ihm nur in engen Grenzen zu helfen gestattet. Im voraus möchten wir deshalb ganz offen die Hoffnung aussprechen, daß man auch bei den Festreden, die uns bevorstehen, sich in dieser Hinsicht nicht von Rührung und Begeisterung zu allzu hochgemuten Dankesverheißungen hinreißen lasse. Nicht wenig Enttäuschungen haben schon im besetzten Gebiet Ministerreden zur Folge gehabt, die allzu ungehemmt dem Schwung schöner Gefühle sich hingaben. Aber was irgend geschehen kann, um aller Nachwirkung der Besetzungsnöte Abhilfe zu bringen, das muß natürlich geschehen.

Jeder Deutsche wird sich von Herzen freuen, daß jetzt der letzte Akt der Fremdherrschaft am Rhein gekommen ist. Jeder Deutsche sollte der Dankespflicht eingedenk bleiben, die das ganze Land den Menschen des westlichen Grenzgebietes schuldet; sie haben als Geisel für uns alle Schweres tapfer getragen und haben noch nicht alles verwinden können. Jeder gute Europäer aber sollte an seinem Teile danach streben, daß dieser letzte Akt der Rheinlandbesetzung auch der letzte Akt jener jahrhundertelangen französischen „Rheinlandpolitik" sein möge, die, vielfach im Glauben, nur der Sicherung zu dienen, tatsächlich doch expansiv und offensiv gewirkt hat. Viele Zehntausende von Franzosen haben erst durch den Augenschein als Besatzungsangehörige gelernt, daß die Bewohner der Rheinlande nichts als Deutsche sind und sein und bleiben wollen. In dieser Erkenntnis liegt die erste Stufe zu dauernder Befriedung und zu einem neuen Europa.

Leider ist der Befreiungsakt in den letzten Tagen von höchst unerfreulichen Erscheinungen begleitet gewesen: wir meinen die Zwangssversteigerung von Luftfahrtschiffen, von denen einige, z. B. die Grieseheimer, wirklich von großem wirtschaftlichen Wert waren; wir meinen ferner das scharfe Vorgehen der französischen Militärgerichtsbarkeit gegen deutsche Angeklagte nach rasch vor Toresschluß. Der französische Militarismus hat dadurch gezeigt, daß er nicht generös zu sein, daß er nicht eine gute Miene zu einem . . . guten Spiel zu machen versteht. Doch diese Ereignisse höchst ärgerlicher Art dürfen uns den Blick für die historische Bedeutung der Räumung nicht verdüstern. Das Rheinland wird frei, dies deutsche Gebiet ist gesichert; beides wurde erreicht durch die deutsche Politik des Friedens. Und der Befreiungsakt kann tatsächlich ein neues Kapitel in der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen eröffnen.

Die Wirtschaft zahlt die Zeche.

Der „Amtliche Preußische Pressedienst" bringt zu den Vorgängen im Preußischen Landtag einen Kommentar, in dem unter anderem gesagt wird, daß die Abstimmung über den preußischen Etat am 16. Juni wiederholt werden würde, und daß dann selbstverständlich die Regierungsbänke ihr Möglichstes vollzählig beisammen haben würden. Weiter wird darauf hingewiesen, daß in bezug auf die laufenden Ausgaben keinerlei Einschränkungen entstehen würden, da die nach Art. 64 der preußischen Verfassung bis zur Verabschiedung des neuen Etats maßgebenden Ansätze des vorjährigen Haushalts eher über als unterjahr sein als die des Jahres 1930. Nur bei den einmaligen Ausgaben würde insofern eine Störung entstehen, als eine Reihe bedeutsamer neuer Aufgaben, besonders auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung, zunächst nicht in Angriff genommen werden könnten. So u. a. die Grenzlandhilfe von 15 Mill. Reichsmark, die Staatsbeihilfen für den Eisenbau von 4,5 Mill. zur Förderung der innern Kolonisation. Die Obstruktion habe also lediglich erreicht, daß Aufgaben, die zum guten Teil gegenüber der Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit Hilfe bringen sollten, verzögert oder unterbrochen würden.

Mittel für Umwandlung persönlicher in planmäßige Ordinariate.

Der Unterrichtsausschuß des Preußischen Landtags hat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten einen Antrag angenommen, in dem das Staatsministerium beauftragt wird, aus den durch die Hinausschiebung der Altersgrenze der Hochschullehrer im laufenden Haushaltsjahre ersparten Mitteln den Betrag von 50 000 Reichsmark für die Umwandlung von persönlichen Ordinariaten in planmäßige, oder für eine angemessene Erhöhung der Bezüge persönlicher Ordinarien zu verwenden.

Der Übergang zum Neuen Plan.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

✠ Berlin, 24. Mai.

Gleichzeitig mit der offiziellen Feststellung, daß der Neue Plan in Kraft getreten sei, hat der Reparationsagent am 17. Mai seine Bücher geschlossen und die Geschäfte auf das neue Bank für internationalen Zahlungsausgleich übergeleitet. Auch die beim Agenten hinterlegten Wechsel haben ihre Tätigkeit eingestellt. Der Agent hat in dem kurzen Abschlußbericht, den er herausgab, über die Verwendung des Saldos Bericht erstattet, der sich bis zum 17. Mai in seinen Büchern ergab. Bis zum 31. März hat das Reich nach dem Young-Ueberganggsprotokoll an den Agenten noch die volle Dawes-Annuität bezahlt, übertragen wurden aber nur noch die Beträge, die nach dem Youngplan zu zahlen gewesen wären, die Differenz wurde dem Reiche in der Form von Schatzanweisungen kreditiert, die der Agent erwarb. Da Deutschland noch im Laufe des März den Neuen Plan und seinen Notenwechsel ratifiziert hatte, brauchte es von 1. April an nur noch die Youngannuitäten zu bezahlen, das heißt netto 136,8 Millionen im Monat. Solche Zahlungen wurden am 15. April und am 15. Mai geleistet, und zwar, da der Youngplan formell noch nicht in Kraft getreten war, in Reichsmark auf das Konto des Agenten. Die Transferierung der beiden Zahlungen blieb also Parker Gilbert überlassen, der immer noch sich eigentlich schon im zweiten Jahre des Youngregimes befand (das erste, siebenmonatige Uebergangsjahr war am 31. März abgelaufen). Die Juniannuität, die am 15. Juni fällig ist, wird die erste Zahlung sein, die Deutschland nicht mehr, wie bisher, in Reichsmark zu leisten, sondern auf seinem eigenen Verantwortung zu transferieren hat. Welche Beträge ungefähr für Devisenübertragungen in Betracht kommen werden, läßt sich, für das ganze Jahr gesehen, aus dem Youngplan selbst entnehmen. Abgesehen von April und Mai, kommen für das am 1. April begonnene Reparationsjahr eine Milliarde Reichsmark in Betracht, das heißt im Monatsdurchschnitt eher weniger, als der Agent in den letzten Jahren in fremder Währung übertragen hat. Nach dem Haager Abkommen wird die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (B. J. Z.) die Reichsregierung und die Reichsbank wenigstens einen Monat vor dem Fälligkeitstermin (jeweils der 15. des Monats) darum verständigen, in welchen ausländischen Währungen die Zahlungen geleistet werden sollen, abgesehen von dem für Sachlieferungen in Reichsmark zu leistenden Betrag, der im ersten Jahr etwa 740 Millionen ausmacht. Die Reichsregierung wird sich die Devisen jeweils durch die Reichsbank beschaffen; eine nähere Vereinbarung darüber hat die B. J. Z. mit der Reichsbank getroffen. Da die Reichsbahn ihre Reparationssteuer von monatlich 55 Millionen Rmk., wie bisher, allerdings ohne Diskont, postnumerando bezahlt, muß die Reichsregierung für die Bahn jeweils 14 Tage in Vorlage treten, bis sie aus dem Konto der B. J. Z. bei der Reichsbahn ihre Steuer eingeht, die entsprechenden Reichsmarkbeträge wieder zurückerhält.

Mit dem 17. Mai hat die im Dawes-Plan begründete Verpfändung der fünf großen indirekten Abgaben (Zölle, Tabaksteuer, Biersteuer, Zuckersteuer, Spirituosenmonopol) ihr Ende gefunden, die Erträge aus diesen Steuern werden nicht mehr einem besonderen Kommissar überwiesen, sondern sind nur als „Nebensicherheit" mit einer negativen Hypothek belastet insofern, als sie prinzipiell nicht für andere Schulden verpfändet werden dürfen; sie fließen jetzt wieder ohne den Umweg über das Konto des Kommissars direkt in die Reichskasse. Nur für den Zweck der Dawes-Anleihe, der in diesem Jahr monatlich etwa 7,4 Millionen Rmk. ausmacht, besteht noch eine direkte Verpfändung, sie wirkt sich aber praktisch nicht mehr aus, weil der Betrag so gering ist, daß die Fälligkeiten immer schon durch die Eingänge eines Tages gedeckt werden. Für die Zahlungen an Rmk. und die, die nicht über die B. J. Z. laufen und die 1930 im Monatsdurchschnitt 5,5 Millionen Mark betragen, sind keine besonderen Pfänder bestellt, auch keine Nebensicherheiten. Sie sind in Dollarwährung zu leisten, aber nicht monatlich, sondern halbjährlich. Am 31. März war ein Betrag von 65,9 Millionen fällig, am 30. September sind 35,2 Millionen Dollar fällig. Die Annuität von 31. März hat der Agent bereits aus den ihm während der Uebergangsperiode zufließenden höheren Zahlungen Deutschlands geleistet, ebenso einen weiteren Monatsbetrag im April, obwohl der Washingtoner Senat das Abkommen mit Deutschland noch nicht ratifiziert hat. Am 30. September wird die Reichsregierung somit statt 33,2 Millionen Rmk. nur etwa 28 Millionen Rmk. an die Vereinigten Staaten zu zahlen haben. Auch die Zahlungen aus dem deutsch-belgischen Markabkommen sind bisher bereits vom Agenten bewirkt worden: für die Uebergangsperiode 16,2 Millionen Rmk., für das laufende Haushaltsjahr im Monatsdurchschnitt 1,8 Millionen Rmk. (Gesamtjahresbetrag 21,5 Millionen Rmk.) Künftig werden diese Zahlungen nicht über die B. J. Z. laufen, sondern direkt in belgischer Währung in Brüssel bewirkt werden.

Eingehelten über die Berechnung der bis zum 17. Mai bei ihm eingegangenen Gelder, unter denen auch die beiden Millionen Dollar sind, die Parker Gilbert persönlich, nicht der Agent in seinem Schlußbericht nicht veröffentlicht, er hat nur in gedrängter Form angegeben, welchen Saldo er auf die B. J. Z. und sonstige Interessenten übertragen hat. Für die B. J. Z. standen ihm im ganzen 182,7 Millionen Rmk. zur Verfügung, darunter 73,7 Millionen Rmk. als Reichsmarkguthaben bei der Reichsbank, 109 Millionen Rmk. in Devisen. Außer dieser Zahlung an die B. J. Z. gingen aus seinem Saldo noch 14,1 Millionen Rmk. an die französische Regierung für Besatzungskosten (aus dem Gesamtbetrag von 60 Millionen Reichsmark, zu dem Deutschland und die Besatzungsmächte je 30 Millionen Rmk. beigesteuert hatten), 1,5 Millionen Rmk. gingen an Deutschland als Rückvergütung aus den „Reparation Recovery Acts", ¾ Millionen Rmk. gingen an den Liquidator des Amts für Reparationszahlungen aus der Gesamtbetrag von 6 Millionen Rmk., der während der Uebergangsperiode für die Abwicklung der Dawes-Anstalten von Deutschland bereitgestellt worden war. Die Rückzahlung mit Deutschland auf Grund des Haager Uebergangsprotokolls ergab, daß außer den 361 Millionen Rmk., die dem Reich als Differenzbetrag zwischen Dawes- und Young-Zahlungen bereits in Schatzanweisungen zur Verfügung gestellt waren, noch 7,2 Millionen Zinsen zu vergüten waren, so daß das Reich im ganzen 369,2 Millionen Rmk. erhielt. Damit wurden die Schatzanweisungen wieder eingelöst und die Rechnung auf beiden Seiten ausgeglichen. Der Zins von 7,2 Millionen Rmk. stellt ungefähr den Diskont dar, den das Reich bei der Ausnahme der Schatzanweisungen durch den Agenten in den vorausgehenden Monaten zu zahlen gehabt hatte.

Der B. J. Z. fließen aus der Abschlußüberweisung des Agenten rund 225 Millionen Schweizer Franken zugeflossen. Sie stellen die erste Einlage dar, mit der die Bank ihre Arbeit aufnimmt; weitere Zahlungen werden ihr erst wieder Mitte Juni zufließen, wenn die nächste Annuität fällig ist, da bis zum 2. Juni eine Uebergangsperiode besteht, in der dem Reiche zufommen wird, das am 15. Mai bereits für die Reichsbahn in Vorlage getreten war. Deutschlands Einlage bei der Internationalen Bank ist grundsätzlich auf 50 Prozent des Durchschnittsguthabens der Gläubiger bei der Bank bemessen, aber mit 100 Millionen Rmk. begrenzt. Die Einlage ist in der ersten Zeit nicht zu zahlen. Da die Mindeseinlage der Gläubigerregierung 125 Millionen Rmk. beträgt, wird zunächst mit einer deutschen Einlage von mindestens 62,5 Millionen Rmk. gerechnet; im neuen Etat sind zunächst 65 Millionen Rmk. dafür ausgesetzt, vorbehaltlich einer späteren Erhöhung, je nach der Bewegung des Gläubigerguthabens bei der B. J. Z. Da die deutsche Einlage aus dem immerhin aufgelösten und dem Reich zufallenden Reservefonds des bisherigen Kommissars für die verpfändeten Abgaben entnommen wird, müßten an sich, wenn die Einlage in bar zu leisten wäre, die Anlagen dieses Fonds (Schatzanweisungen, Hypothekarschuldscheine der Geldstiftungen usw.) mobilisiert werden. Zinsen bleibt dann, wenn tatsächlich nötig ist; es fließen sich auch Möglichkeiten der unmittelbaren Umbertragung denken.

Ob der Generalagent noch mit einem abschließenden Bericht über seine Tätigkeit und die Entwicklung der deutschen Finanz- und Wirtschaftslage unter der Herrschaft des Dawes-Planes aufwarten wird, ist hier nicht bekannt. Dr. Moldenhauer hat kürzlich im Reichstag angekündigt, daß künftig die Regierung selbst über Bericht, der ähnlich wie bisher herausgenommen werde, und in der Tat ließe sich sehr wohl denken, daß nunmehr der Schuldner die Funktion übernähme, alljährlich nach Abschluß eines Reparationsjahres einen kritischen Ueberblick über seine Leistungen und über die Wirkungen der Reparationsbelastung auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung zu liefern. Daß dabei besonderer Takt und jene Distanz zu allen möglichen Interessentenwünschen nach zu den eigenen Neigungen der Regierung — notwendig wäre, liegt auf der Hand, weil nur dadurch solche Berichte im In- und Auslande die richtige Beachtung finden können.

Die Schleifung des Brückenkopfs Kehl.

(Von unserem Straßburger Korrespondenten.)

Im Kehler Brückenkopf ist man zur Zeit jetzt eifrig mit der Abtragung der Forts beschäftigt. In den letzten Tagen hat man damit begonnen, die beiden Hauptforts Kirchbach, Blumenthal und Boose, zu sprengen. Auch die Verbindungs- und Zwischenforts werden restlos abgetragen. Das winzige Fort bei dem Rhein, zwischen der Eisenbahnbrücke und der großen Verkehrsbrücke, wird abgerissen, und die Eisenbahnbrücke, die ebenfalls zum Hauptfort verbunden, werden durchschnitten. Von dem kleinen Fort am Rheinufer führt ein unterirdischer Gang nach dem Hauptfort, der wohl seit Jahrzehnten nicht mehr betreten worden ist und wohl verschüttet ist; auch dieser Gang wird verschwinden. Es wird also ganze Arbeit gemacht. Die Schleifungsarbeiten werden von drei Firmaunternehmen gleichzeitig durchgeführt. Der Oberkommandierende der Rheinarmee General Guillaumat hat im Laufe dieser Woche, auf dem Rückweg von der Pariser Besprechung über die Räumung der dritten Zone nach Mainz, den Stand der Schleifungsarbeiten besichtigt.

Ueber das Programm der Befreiungsfeier im Kehler Brückenkopf, wie es die „Badische Presse" bereits veröffentlicht hat, war niemand mehr übertrieben als die — Kehler Stadtverwaltung selber, die zur Organisation des Befreiungsfestes ihre Besprechungen mit den Vereinen eben erst eingeleitet hat. Die Stadtbehörde will der Befreiungsfeier einen schlichten, würdigen und ernsten Rahmen geben, aus dem verbannt bleiben soll, was irgendwie die deutsch-französische Verständigung und besonders die freundnachbarlichen Beziehungen zu Straßburg beeinträchtigen könnte. Wünscht das Reich für die Befreiungsfeier im allgemeinen einen ernsten Charakter, so erst recht hier an dem wichtigen und heiklen

---

Schluß damit, Adieu Krieg!

Roman.

Von **Ernest Hemingway.**

(15. Fortsetzung.)

Ich merkte, daß keiner dieser Namen ihr irgend etwas sagte.

„Haben Sie starke Schmerzen?"

„Nein, jetzt nicht."

Sie steckte mir ein Thermometer in den Mund.

„Die Italiener stecken es unter den Arm," sagte ich.

„Nicht sprechen."

Als sie das Thermometer herausgenommen hatte, las sie es ab und schüttelte es.

„Wie ist die Temperatur?"

„Das sollen Sie eigentlich nicht wissen."

„Sagen Sie mir wieviel."

„Es ist beinah normal."

„Ich hab nie Fieber. Meine Beine sind voll von Alteisen."

„Was wollen Sie damit sagen?"

„Sie sind voll von Granatsplittern, alten Schrauben und Sprungfedern und solchen Sachen."

Sie schüttelte den Kopf und lächelte.

„Wenn Sie Fremdkörper in Ihren Beinen hätten, würden sie sich entzünden, und Sie hätten Fieber."

„Schön," sagte ich. „wir werden ja sehen, was rauskommt."

Sie ging aus dem Zimmer und kam mit der alten Schwester, der vom frühen Morgen, zurück. Sie machten mein Bett zu zweit, während ich drin lag. Das war mir neu und schien bewundenswert.

„Was ist hier Aufsicht?"

„Miß Van Campen."

„Wieviel Schwestern sind hier?"

„Nur wir beiden."

„Bleiben Sie so wenig?"

„Es kommen noch welche."

„Wann werden die hier sein?"

„Ich weiß nicht. Sie fragen ein bischen viel für einen kranken Jungen."

„Ich bin nicht krank," sagte ich. „Ich bin verwundet."

Sie hatten mein Bett zurechtgemacht, und ich lag mit einem reinen glatten Laken unter mir und einem zweiten Laken über mir. Mrs. Walker ging hinaus und kam mit einer Pyjamajacke zurück. Sie zogen sie mir an, und ich fühlte mich sehr sauber und angezogen.

„Sie sind furchtbar nett zu mir," sagte ich. Die Schwester, die Miß Gage hieß, kicherte. „Kann ich einen Schluck Wasser bekommen?"

„Gewiß, und dann können Sie frühstücken."

„Ich möchte kein Frühstück. Können Sie bitte die Fensterläden aufmachen?"

Im Zimmer war gedämpftes Licht, aber als die Fensterläden geöffnet waren, war helles Sonnenlicht, und ich sah hinaus auf einen Balkon, und dahinter lagen die Schieferdächer von Häusern und Schornsteine. Ich sah hinaus über die schiefen Dächer hinweg und sah weiße Wolken und den Himmel sehr blau.

„Wissen Sie nicht, wann die andern Schwestern ankommen?"

„Warum? Kümmern wir uns nicht genug um Sie?"

„Sie sind sehr nett."

„Wollen Sie das Fiebermessen benutzen?"

„Ich kann mal versuchen."

Sie halfen mir und hielten mich, aber es ging nicht. Nachher lag ich da und sah durch die offenen Türen auf den Balkon.

„Wann kommt der Doktor?"

„Sobald er zurück ist. Wir haben versucht, ihn telephonisch am Comertee zu erreichen."

„Gibt es nicht noch andere Aerzte?"

„Er ist Lagarettarzt."

Miß Gage brachte einen Krug Wasser und ein Glas. Ich trank drei Glas voll, und dann ließen sie mich allein, und ich guckte eine Weile aus dem Fenster und schlief wieder ein. Ich aß etwas Mittagbrot und am Nachmittag kam Miß van Campen, die Oberaufsicht, mich besuchen. Sie mochte mich nicht, und ich mochte sie auch nicht. Sie war klein und furchtbar mißtrauisch und ihre Stellung zu schade. Sie fragte mich eine Menge Dinge und schien es für irgendwie entehrend zu halten, daß ich bei den Italienern gewesen war.

„Kann ich Wein zu den Mahlzeiten haben?" fragte ich sie.

„Nur wenn's der Doktor verschreibt."

„Kann ich keinen bekommen, bis er kommt?"

„Bestimmt nicht."

„Haben Sie vor, ihn bei Gelegenheit kommen zu lassen?"

„Wir haben ihm nach dem Comertee telephoniert."

Sie ging hinaus und Miß Gage kam zurück.

„Warum waren Sie gegen Miß Campen ungezogen?" fragte sie, nachdem sie mir etwas sehr geschickt gemacht hatte.

„Das war nicht meine Absicht, aber sie war hochnäsig."

„Sie sagt, sie sein typmäßig und unhöflich."

„War ich nicht. Aber was soll denn das heißen, ein Lazarett ohne Arzt?"

„Er kommt ja. Man hat ihm an den Comertee nachtelephoniert."

„Was macht er dort? Schwimmt er?"

„Nein. Er hat dort ein zweites Lazarett."

„Warum holt man denn dann keinen andern Arzt?"

„Sst, sst! Seien Sie ein guter Junge, er wird schon kommen."

Ich schickte nach dem Portier, und als er kam, sagte ich ihm auf Italienisch, er solle mir in der Weinhandlung eine Flasche Cinzano, ein Fiasco mit Chianti und die Abendzeitungen holen. Er ging weg und brachte sie in Zeitungspapier eingewickelt, packte sie aus, entkorkte sie auf meinen Wunsch und holte den Wein und Wermutwein unter mein Bett. Man ließ mich aufsitzen, und ich las eine Weile die Zeitungen, die Neuigkeiten auf der ersten Seite und die Liste toter Offiziere mit ihren Ehrenzeichen, und dann langte ich unter und holte die Flasche Cinzano kauf und hielt sie herzengrade auf meinem Bauch, das kühle Glas gegen meinen Bauch und nahm kleine Schluck, und es drückten sich Kreise auf meinem Bauch, ich, wenn ich die Flasche zwischendurch absetzte und beobachtete, wie es draußen über den Dächern der Stadt dunkel wurde. Die Schwalben kreisten umher, und ich beobachtete sie und die Nachtfalken, wie sie über die Dächer flogen, und trank Cinzano. Miß Gage brachte mir ein Glas mit etwas Eierpunsch. Ich setzte die Wermutflasche auf der andern Bettseite, als sie hereintrat.

„Miß Van Campen liebt Cherry vannachen," sagte sie.

„Sie sollten nicht unhöflich zu ihr sein. Sie ist nicht jung und das Lazarett für sie eine große Verantwortung. Mrs. Walker ist zu alt und gar keine Hilfe."

„Sie ist eine großartige Frau," sagte ich. „Danken Sie ihr vielmals."

„Ich bringe Ihnen sofort Ihr Abendbrot."

„Das ist nicht so eilig," sagte ich. „Ich hab keinen Hunger."

Als sie das Tablett brachte und es auf den Bettisch stellte, bekamen sie ich mich bei ihr und sah ein bischen Abendbrot. Dann wurde es draußen dunkel, und ich konnte die Straßen der Scheinwerfer am Himmel hin und her streifen sehen. Ich beobachtete das eine Zeitlang und schlief dann ein. Ich schlief seit bis auf einmal, wo ich schwitzend und erschreckt aufwachte, und dann schlief ich wieder ein und versuchte, nicht in meinen Träumen hineingezogen zu werden. Ich erwachte, als es draußen hell wurde ganz und und hörte Hähne krähen und blieb wach, bis es Licht wurde. Ich war müde, und als es erst einmal hell war, schlief ich wieder ein.

Vierzehntes Kapitel.

Als ich erwachte, war helles Sonnenlicht im Zimmer. Ich glaubte, ich lei zurück an der Front und streckte mich im Bette aus. Meine Beine taten mir weh und ich sah an ihnen herunter, sah, daß sie noch immer in den schmutzigen Verbänden steckten, und als ich sie sah, wußte ich, wo ich war. Ich reckte mich nach dem Klingelzug auf und drückte auf den Knopf. Ich hörte es draußen surren und dann kam jemand auf Gummisohlen den Gang entlang. Es war Miß Gage, und Messer ist scharf."

sie sah in dem hellen Sonnenlicht etwas älter und nicht so hübsch aus.

„Guten Morgen," sagte sie. „Haben Sie gut geschlafen?"

„Ja, danke sehr," sagte ich. „Wollen Sie mir eine Frisur bestellen?"

„Ich kann herein, um mich nach Ihnen umzusehen und Sie schlafen und dies hier hatten Sie im Bett."

Sie öffnete die Schranktür und hielt die Wermutflasche hoch. Sie war beinahe leer. „Ich hab die andere Flasche, die unterm Bett stand, auch da rein gestellt," sagte sie. „Warum haben Sie mich nicht um ein Glas gebeten?"

„Ich dachte, möglicherweise würden Sie's mir verbieten."

„Ich hätte mit Ihnen getrunken."

„Sie sind ein feiner Mädel."

„Es ist nicht gut für Sie, allein zu trinken," sagte sie. „Sie sollten es nicht tun."

„Schön."

„Ihre Freundin Miß Barkley ist angekommen," sagte sie.

„Wirklich?"

„Ich mag sie nicht."

„Sie werden sie schon mögen. Sie ist schrecklich nett."

Sie schüttelte den Kopf. „Davon bin ich überzeugt. Könnten Sie ein bischen zur Seite rutschen? So ist es gut. Ich werde Sie jetzt zum Frühstück zurecht machen." Sie wusch mich mit einem Lappen und Seife und warmem Wasser. „Halten Sie Ihren Schulter hoch," sagte sie. „So ist es gut."

„Kann der Friseur vorm Frühstück kommen, bitte?"

„Ich werde den Portier nach ihm schicken." Sie ging hinaus und kam dann zurück.

„Er geht ihn holen," sagte sie und tauchte das Tuch, das sie hielt, in die Waschschüssel.

Der Friseur kam mit dem Portier. Er war ein Mann von vielleicht fünfzig Jahren, mit einem emporgewirbelten Schnurrbart. Miß Gage war mit Portier und ging hinaus, und der Friseur setzte mein Gesicht ein und rasierte mich. Er war sehr fleißig und hielt sich von jedem Gespräch zurück.

„Was ist denn los? fragte ich. „Gibt's denn keine Neuigkeiten?"

„Was für Neuigkeiten?"

„Irgendwelche Nachrichten. Was ist in der Stadt passiert?"

„Es ist Krieg," sagte er. „Die Ohren der Feinde sind überall."

Ich sah zu ihm auf. „Bitte, halten Sie den Kopf still," sagte er und rasierte weiter. „Ich erzähle nichts."

„Was ist denn mit Ihnen los?" fragte ich.

„Ich bin Italiener, ich werde mich nicht mit dem Feinde einlassen."

Dabei ließ ich's. Wenn er verrückt war, hieß es so schnell wie möglich dem Bereich seines Rasiermessers entgehen. Einmal versuchte ich ihn anzusehen. „Vorsicht," sagte er. „Das

(Fortsetzung folgt.)